Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Mehr Mut zum Streit!
2. Im linken Spektrum grassiert die Lust an der Entmündigung. Doch in der Corona-Krise gilt: Kontrolle ist gut, Freiheit ist besser
3. Weltärzte-Chef nennt Zahl: Montgomery: Lockdown ab 20.000 Infektionen
4. Gnadenlos bestraft: Covid-19 die Sünden der Regierenden
5. Armutsforscher zu Folgen von Corona: Kardinalproblem Vermögensverteilung
6. ALG II-Regelsätze: 1 Euro mehr monatlich für 6-13-Jährige
7. Niedriglohnsektor: 8 Millionen Menschen arbeiten für weniger als 11,05 Euro
8. Prognose über 40 Jahre: Pensionen für Beamte kosten zwei Billionen Euro
9. Ein militärischer “Kompetenzcluster Weltraum”
10. Umweltschutz in Kaschmir
11. Streit über Unkrautvernichter: Französischer Landwirt gewinnt Rechtsstreit gegen Monsanto
12. Das unhygienische Bargeld
13. Wie viele Autobahnen braucht das Land?
14. Corona-Maßnahmen: Jetzt sind die Parlamente dran
15. Zu guter Letzt: Die Carina-Versteher

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Mehr Mut zum Streit!**
   In der Corona-Frage stehen sich die Lager ebenso feindlich wie stumm gegenüber. Das bringt unsere Demokratie in Gefahr […]
   Gerade für uns Medienmenschen, die wir keine Pandemie-Experten sind, führt nichts an der Einsicht vorbei, dass es in der Corona-Frage zwei konträre wissenschaftliche Parteien gibt, die beide Anspruch auf Gehör haben. In der Frage der Klimakatastrophe

urteilen Wissenschaftler:innen nahezu einhellig. Deshalb können Leute, die sich ihren Diagnosen verschließen, mit Recht „Leugner“ genannt werden. Die Autor:innen der jüngst veröffentlichten „Great-Barrington-Erklärung“, Martin Kulldorf, Sunetra Gupta und Jay Bhattacharya, sind aber ein anderer Fall. Kulldorf zum Beispiel war 1997 in die Beratergruppe für Krankheitskartierung der Weltgesundheitsorganisation WHO berufen worden. Er hat auch für das EU-Forschungsprojekt ADVANCE zur zeitgerechten und evidenzbasierten Analyse von Impfeffekten gearbeitet. Muss man betonen, dass das nicht heißt, dass er und seine Kolleg:innen „recht haben“? Es heißt nur, dass etwas nicht stimmt, wenn sie wie „Covidioten“ behandelt werden. Ebendas geschieht aber.
Die drei Forscher:innen haben erklärt, die gegenwärtige Corona-Politik sei falsch; man solle die Risikogruppen schützen, ansonsten aber die Herdenimmunität anstreben, statt auf den Impfstoff zu warten. Ohne Herdenimmunität verschwinde das Virus niemals. Das ist eine der großen Streitfragen. Klar ist jedenfalls, dass, wenn es nicht verschwindet, auch die Absenkung unserer Grundrechte immer bleibt. Und was den Impfstoff angeht: Lange hieß es, wenn er da sei, könnten alle Maßnahmen aufgehoben werden. In den letzten Wochen ist das zurückgenommen worden. Nach einem Gesetzesentwurf, der jetzt vorgelegt wurde, sollen die Ausnahmeregelungen „verstetigt“ werden. Natürlich nur, wenn es notwendig sei. Aber wird denn die Frage, ob es notwendig ist, überhaupt gestellt?
Quelle: der Freitag

2. **Im linken Spektrum grassiert die Lust an der Entmündigung. Doch in der Corona-Krise gilt: Kontrolle ist gut, Freiheit ist besser**
   Die Pandemie-Regeln werden zu einem Irrgarten, in dem sich die Bürger nicht zurechtfinden. Die Regierungen schwanken zwischen Allmachtsphantasien und dem Wissen, dass es ohne Selbstverantwortung der Bürger nicht geht. Das Ergebnis ist ein seltsamer Zwitter: die verordnete Freiwilligkeit. […]
   Es kann auch nicht angehen, dass die Regierungen die Verantwortung auf die Gerichte abwälzen. Das ist eine subtile Form der Politikverweigerung. In Deutschland haben bereits Richter Sperrstunden und Reisebeschränkungen aufgehoben. So kann man auch prognostizieren, wie Gerichte entscheiden würden, wenn sich ein Bürger dagegen wehrt, dass der Staat eine Feier ahndet, nur weil die Nachbarn petzen. Die Polizei wird nicht massenhaft als Party-Schreck ausschwärmen. Mit anderen Worten: Viele der Beschränkungen dienen nur der gefühlten Abschreckung. Es handelt sich also um Potemkinsche Dörfer der Seuchenbekämpfung.
   Quelle: NZZ
3. **Weltärzte-Chef nennt Zahl: Montgomery: Lockdown ab 20.000 Infektionen**
   Der Vorsitzende des Weltärztebunds, Frank Ulrich Montgomery, hält in Deutschland

einen Lockdown für nötig, wenn die Schwelle von 20.000 Neuinfektionen am Tag überschritten wird. Bei dieser Zahl "gerät die Lage außer Kontrolle", sagte er der "Rheinischen Post". "Dann wäre es für Gesundheitsämter nicht mehr möglich, die Infektionsketten nachzuverfolgen und zu unterbrechen. Dann droht uns ein zweiter Lockdown, weil sich das Virus anders nicht mehr bremsen lässt."
Quelle: n-tv

Anmerkung JK: *Was soll dieses dauernde Hantieren mit willkürlichen Zahlen? Warum nicht bei 19.000 oder 21.000? Setzt man dazu eine vermutete Dunkelziffer mit einem Faktor von vier bis fünf an, dann wäre die genannte Schwelle aktuell längst überschritten. Aber so ist Montgomery voll auf Linie und prophezeit die gewünschte Fortdauer des Corona-Regimes. Sicher eine kluge Entscheidung in der inzwischen inquisitorischen Stimmung in Deutschland, in der jede Abweichung von der offiziellen Corona-Glaubenslehre verfolgt wird, wie Forderung nach dem Rücktritt des Präsidenten der deutschen Ärztekammer, Klaus Reinhardt zeigen, der es gewagt hatte die Maskenpflicht auf öffentlichen Straßen und Plätzen zu kritisieren.*

4. **Gnadenlos bestraft: Covid-19 die Sünden der Regierenden**
   Die Politik beschränkt sich in der Pandemiebekämpfung auf Restriktionen gegenüber den Bürgern. Dem Virus kommt sie so nicht bei
   Die Politiker sind unzufrieden mit ihrem Volk. Es folgt nicht, denn es fühlt sich gegängelt. Und das mit Recht: Bundesregierung und Landesregierungen beschränken seit Beginn der Corona-Pandemie ihre Aktivitäten im wesentlichen darauf, Forderungen an die Bürger zu richten, Verbote zu erlassen, Gebote auszusprechen – und damit ihren Freiraum einzuschränken, ihre Rechte zu beschneiden, sie zu reglementieren.
   Und das bis heute. Im Katalog der Maßnahmen, die die Runde der Bundes- und Landespolitiker wie auch Verantwortliche auf kommunaler Ebene – siehe die Restriktionen im Berchtesgadener Land – jüngst beschlossen, fehlt es nicht an Vokabeln des Forderns, Befehlens, Verweigerns: Pflicht, Begrenzungen, Beschränkungen, Sperrstunde, Verbote. Was man vergeblich sucht, sind Worte, die das Handeln der Regierenden beschreiben, ihre Bemühungen, der Pandemie etwas entgegenzusetzen, Konzepte personeller und materieller Aufrüstung gegen das Virus, vielleicht Ideen, wie man mit ihm leben kann, indem man seine Freizügigkeit einschränkt und nicht die der Bürger.
   Quelle: Neues Deutschland
5. **Armutsforscher zu Folgen von Corona: Kardinalproblem Vermögensverteilung**
   Corona wirkt wie ein Brennglas, sagt der Armutsforscher Christoph Butterwegge. Das

eigentliche Ungleichheitsvirus sei aber der Neoliberalismus.
taz: Herr Butterwegge, die zweite Coronawelle schwappt über die Bundesrepublik. Welche sozialen Auswirkungen wird das haben?
Christoph Butterwegge: Das hängt natürlich davon ab, wie hart sie uns trifft. Viel wird davon abhängen, ob das gesellschaftliche Leben wieder heruntergefahren werden muss. Auf jeden Fall zeigen die Erfahrungen mit der ersten Welle, dass die sozioökonomische Ungleichheit weiter zunehmen wird.
Woran machen Sie das fest?
Dass sich die Ungleichheit während des Lockdowns und des wirtschaftlichen Einbruchs verschärft hat, zeigt sich auf drei Ebenen. Da ist zunächst die gesundheitliche Ebene mit dem Infektionsgeschehen selbst: Vor dem Virus sind zwar vordergründig alle Menschen gleich, zwischen Einkommens- und Immunschwäche besteht aber ein Kausalzusammenhang. Arme sind einem höheren Infektionsrisiko ausgesetzt, weil ihre Arbeitsbedingungen in aller Regel schlechter und ihre Wohnverhältnisse hygienisch bedenklicher sind. Zudem leiden sie vielfach unter sozialbedingten Vorerkrankungen, was das Risiko erhöht, schwer an Covid-19 zu erkranken. Hinzu kommt die psychische Belastung: Wer eine große Wohnung hat, übersteht eine Quarantäne viel entspannter als eine Familie, deren Mitglieder keine eigenen Zimmer haben.
Quelle: taz

6. **ALG II-Regelsätze: 1 Euro mehr monatlich für 6-13-Jährige**
Weitgehend unbeachtet ob der noch immer herrschenden Pandemie wurden die neuen ALG II-Regelbedarfssätze für 2021 veröffentlicht. Für die Betroffenen eher ein schlechter Scherz denn echte Verbesserung
Seit Covid-19 die Nachrichten und das tägliche Leben dominiert, sind etliche Themen aus der öffentlichen Wahrnehmung fast komplett herausgefallen. Obgleich die Lage der Kinder und Jugendlichen, deren Eltern ALG II beziehen, sich gerade jetzt oftmals als fatal erweist, wenn es um die Ausstattung für das E-Learning geht (von den Problemen, die durch den fehlenden Breitbandausbau entstanden sind, ganz zu schweigen), finden sich nur wenige Artikel, die sich kritisch mit der Erhöhung der Regelbedarfssätze auseinandersetzen. Dabei gibt es genug Grund für eine solche Kritik.
Zum 1.1.2021 werden die Regelbedarfsstufen im Bereich der Sozialhilfe (SGB XII) und in der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) neu festgesetzt. Rechtliche Grundlage hierfür bietet der am 19.8.2020 vom Bundeskabinett beschlossene Gesetzentwurf. Eine solche Erhöhung der Sätze wird in einem 5-Jahres-Turnus vorgenommen, wenn eine neue Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) durchgeführt wurde. Die Lohn- und Preisentwicklung, die ebenfalls eine Rolle spielt,

stand 2020, als die Erhöhung der ALG II-Regelbedarfe beschlossen wurde, noch aus, weshalb die Anpassung nunmehr erst 2021 stattfindet.
Quelle: Telepolis

7. **Niedriglohnsektor: 8 Millionen Menschen arbeiten für weniger als 11,05 Euro**
Knapp 400.000 Jobs werden so schlecht bezahlt, dass sie unter die Niedriglohnschwelle fallen. Besonders betroffen ist der Handel und das Gastgewerbe.
Quelle: Berliner Zeitung
8. **Prognose über 40 Jahre: Pensionen für Beamte kosten zwei Billionen Euro**
Die Lasten für die Pensionen von Beamten sind laut einer neuen Studie rasant gestiegen. Bund und Länder hätten bislang zu wenig Geld dafür zurückgelegt, warnen die Autoren.
Beamte von Bund und Ländern. In den kommenden Jahren gingen "die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand, in der Folge werden die Pensionsausgaben kräftig steigen", warnen Experten des arbeitgebernahen Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in einem Kurzbericht. Die so entstehenden "Ausgabenzwänge" seien bislang "nur unzureichend in den Finanzplanungen berücksichtigt".
Im Bund entspricht der Barwert der Zusagen – der aktuelle Wert künftiger Zahlungsverpflichtungen – schon heute einem Betrag von rund 10.000 Euro pro Einwohner. Innerhalb von nur zehn Jahren ist der Wert um 88 Prozent gestiegen. Zum Teil noch deutlich höher sind die Verpflichtungen der Länder, die mit Lehrern und Polizisten die größten Beamtengruppen beschäftigen. In Berlin und Hamburg kommen so rund 20.000 Euro pro Einwohner hinzu.
Im Schnitt entsprechen die Pensionslasten einem Drittel der jährlichen Wirtschaftsleistung der Länder. Zusammengerechnet ergeben die Verpflichtungen von Bund und Ländern für die kommenden 40 Jahre Ende 2019 rund zwei Billionen Euro – das entspricht rund 60 Prozent der jährlichen deutschen Wirtschaftsleistung.
Zwar hätten der Bund und viele Länder in der Vergangenheit Rücklagen gebildet und Fonds aufgelegt, heiß es in dem Bericht. Diese deckten aber nur einen kleinen Teil der tatsächlichen Verpflichtungen ab.
Quelle: DER SPIEGEL

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *2 Billionen Euro an Pensionsverpflichtungen klingen bedrohlich und sind ca. 60% des deutschen Bruttosozialprodukts, das also fast komplett für Beamtenpensionen draufgeht, oder so ähnlich. Da muss man sofort eingreifen! Nur ergibt es doch überhaupt keinen Sinn, die kumulierten Kosten für 40 Jahre nicht gegen zu eben diesen 40 Jahren in Beziehung zu stellen. Tut man das nämlich, dann stellt man fest, dass a) im Gegensatz zur Falschbehauptung des IW die*

Pensionslasten selbstverständlich in den Haushalten von Bund und Ländern berücksichtigt sind, b) z. B. 2019 die Kosten von z. B. 73 Milliarden Euro für Pensionen (auch für Politiker??) gerade mal 2,1% des BIP von 3,450 Billionen Euro ausmachen und c) ungefähr in der Größenordnung der Geschenke bei der Körperschaftsteuer (60-70 Milliarden Euro pro Jahr) alleine seit dem Jahr 2000 liegen, was das IW leider nicht thematisiert, obwohl diese Kosten tatsächlich unbezahlbar und rausgeschmissenes Geld sind. Und dass Bund und Länder für Beamtenpensionen "Rücklagen" bilden sollen (und leider teilweise auch tun), obwohl es viel einfacher ist, die Kosten aus dem laufenden Haushalt zu bezahlen, ist der Gipfel der Idiotie. Dass der SPIEGEL dann für diesen Blödsinn seine Kommentarfunktion öffnet und die allermeisten Kommentatoren sofort Kürzungen bei den Beamtenpensionen fordern, zeigt die Begrenztheit der Leserschaft. Warum sind die wenigsten in der Lage, die richtigen Zahlen ins Verhältnis zu setzen?

9. **Ein militärischer "Kompetenzcluster Weltraum"**
   Die neue NATO-Zentrale für militärische Operationen im Weltraum wird in Deutschland angesiedelt. Das haben am gestrigen Donnerstag die NATO-Verteidigungsminister beschlossen. Demnach wird das NATO Space Centre auf der US Air Base Ramstein westlich von Kaiserslautern untergebracht, die insbesondere als Zwischenstation für US-Material- und Truppenverlegungen in den Mittleren Osten und als Relaisstation für die Steuerung von US-Drohnenangriffen dient. Das NATO Space Centre soll zunächst vor allem die Weltraumüberwachung der Mitgliedstaaten, perspektivisch allerdings auch deren militärische Operationen im All koordinieren. Darüber hinaus ist die Einrichtung eines NATO-Space Centre of Excellence geplant, eines Fachzentrums zur "Entwicklung von Verfahren und Know-how" für künftige Waffengänge im Weltall. Die Bundesregierung will es ebenfalls nach Deutschland holen – nach Kalkar, wo schon ein NATO-Zentrum zur Weiterentwicklung der Kriegführung im Luft- und Weltraum sowie das neue Air and Space Operations Centre (ASOC) der Bundeswehr beheimatet sind.
   Quelle: German Foreign Policy
10. **Umweltschutz in Kaschmir**
    Kampf gegen Abholzung und Müll in der Krisenregion
    Illegale Bauarbeiten, Holzschmuggel und jahrzehntelange Konflikte haben den Wäldern des Kaschmirtals schwer zugesetzt. Einheimische setzen nun alles daran, um die einzigartige Natur ihrer Heimat im Himalaja zu schützen.
    Sartaj Ahmad Magray ist 21 Jahre alt und arbeitet als Trekking-Führer in dem Bergkurort Pahalgam im Himalaja. Jedes Jahr im Sommer kommen Touristen, um an den grünen Hängen zu wandern und die Aussicht auf die blauen, glitzernden

Gletscherseen zu genießen.
Aber heute ist Magray zu einer besonderen Tour aufgebrochen. Gemeinsam mit einigen Jungen aus dem Dorf sammelt er freiwillig Müll auf den Gletschern in der Umgebung. Den Abfall haben Touristen einfach liegengelassen.
Mit Leinensäcken in ihren Händen machen sich die Jungen an die Arbeit. Gerade sammeln sie Müll an einem Wasserfall, der von üppigen Pinienwäldern umgeben ist. Solche Touren machen die Jungen regelmäßig. Jedes Jahr absolvieren Magray und seine Freunde mehrere Aufstiege, um den Abfall von Trekkingtouren in Höhen von bis zu 3000 Metern zu sammeln.
"Wir machen das vor allem für uns alle hier. Denn dort oben macht sonst niemand sauber", erzählt Magray. "Die Regierung interessiert das nicht."
Quelle: Qantara.de

11. **Streit über Unkrautvernichter: Französischer Landwirt gewinnt Rechtsstreit gegen Monsanto**
Nach mehreren Jahren Rechtsstreit mit Monsanto hat das höchste französische Berufungsgericht zugunsten eines Landwirts geurteilt. Monsanto hätte vor den Gefahren seines Unkrautvernichters warnen müssen.
Quelle: DER SPIEGEL
12. **Das unhygienische Bargeld**
In Folge der Corona-Krise wird die Bargeldabschaffung massiv vorangetrieben. Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten. Und niemand will das Bargeld abschaffen. Leider Gottes zwang die Corona-Epidemie aber viele Händler dazu, ungewöhnliche Maßnahmen zu ergreifen. „Aus hygienischen Gründen bitten wir Sie, mit Karte zu bezahlen." Solche Schilder sind an vielen Laden-Kassen angebracht. Und manche belassen es nicht bei Bitten. Sie nehmen Bargeld — ein offizielles Zahlungsmittel — gar nicht mehr an. Der vorgeschobene Grund: An Geldscheinen und Münzen könnten tödliche Corona-Viren kleben. An Kartenterminals, die täglich von hunderten Menschen berührt werden, offenbar nicht. Der ganze Vorgang riecht stark nach einer umfassenderen Agenda. Maßgebliche Kräfte wollen das Bargeld schon länger abschaffen. Dieser Prozess wird durch Corona massiv beschleunigt. Zu den Folgen gehören ein höheres Verschuldungsrisiko, die Ausgrenzung „altmodischer" oder auch nur politisch bewusster Menschen, die lückenlose Kontrollierbarkeit unserer Zahlungsvorgänge und unabsehbarer Machtzuwachs für wenige Institutionen Die Coronakrise absorbiert einen großen Teil des Aufmerksamkeitspotenzials der Menschen. Und in ihrem Windschatten gedeihen sehr fragwürdige Entwicklungen, die von der Öffentlichkeit fast gänzlich unbemerkt bleiben. Bargeld ist davon im Besonderen betroffen. Corona beschleunigt die Bargeldabschaffung gefährlich um viele Jahre. Aber bevor wir uns die aktuellen Entwicklungen im Zusammenhang mit

der Coronakrise anschauen, sollten wir uns erst einmal zwei wichtige Fragen stellen:
- Warum ist eine Bargeldabschaffung gefährlich?
- Welche Folgen hat sie für uns persönlich und für die Freiheit unserer Gesellschaft?

Die Bargeldabschaffung und ihre Auswirkungen werden in der Regel komplett unterschätzt. Kaum ein Ereignis wird die Zukunft unserer Gesellschaft so fragwürdig beeinflussen und verändern wie die Bargeldabschaffung. Die Folgen sind vielfältig. Um einen kleinen Einblick zu geben, greife ich nachfolgend zwei lebensnahe Beispiele auf.
Quelle: Hinter den Schlagzeilen

13. **Wie viele Autobahnen braucht das Land?**
Bevor noch mehr Wälder gerodet, Felder umgepflügt und asphaltiert werden: Braucht das Land mehr Autobahnen? Ein Verkehrsökologe der TU Dresden hat eine klare Antwort darauf. […]
Empirisch finden sich einige gewichtige Gründe, die gegen den Neu- und Ausbau von Fernstraßen sprechen. Am bekanntesten ist das Paradoxon des induzierten Verkehrs, das der britische Straßenbauingenieur John Joseph Leeming in den Sechzigern formulierte. Ihm war aufgefallen, dass neue Straßen mehr Autos anzogen. Das Angebot ließ also die Nachfrage steigen. „Induced demand“ nannte Leeming seine Theorie, ohne sie stichhaltig belegen zu können. Das gelang vor elf Jahren den amerikanischen Ökonomen Gilles Duranton und Matthew Turner, als sie eine Studie über Fernstraßen in den Vereinigten Staaten vorlegten. Darin konnten die beiden zeigen, dass mehr Straßen tatsächlich zu mehr Verkehr führten; andere Faktoren, die das Verkehrsaufkommen schüren könnten, schlossen sie aus. Menschen ändern ihr Verhalten, wenn eine breitere oder neue Straße fertig ist: Sie fahren mehr Auto. Und dieses Resümee der Ökonomen lässt sich auch mit den Worten des im Sommer verstorbenen SPD-Politikers Hans-Jochen Vogel fassen, der 1972 formulierte: „Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten.“ Und Stau.
Quelle: FAZ

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Die FAZ schreibt gegen den Bau von neuen Autobahnen und anderen Straßen an – sehr erfreulich.*

14. **Corona-Maßnahmen: Jetzt sind die Parlamente dran**
Seit Ende März sind die Parlamente nicht an den Maßnahmen gegen Covid-19 beteiligt. Die Regierung hat seitdem Sonderbefugnisse. Immer mehr kritisieren das.

Und auch die Publizistin Susanne Gaschke meint, so geht es nicht weiter.
Jetzt geht es ans Eingemachte. Während die Kanzlerin mit Corona-Unheil droht und dem Souverän, das heißt: Den Bürgerinnen und Bürgern, rät, sicherheitshalber zu Hause zu bleiben, bereitet Gesundheitsminister Jens Spahn ein Gesetz vor, dass ihm seine gegenwärtigen Sonderbefugnisse dauerhaft sichern soll.
Es würde ihm laut Entwurf die Einschränkung von Grundrechten per Verordnung schon dann erlauben, wenn, Zitat, „dies zum Schutz der Bevölkerung vor einer Gefährdung durch schwerwiegende übertragbare Krankheiten erforderlich ist".
Außerdem würden massive Eingriffe in die Reisefreiheit möglich. Weder ist erkennbar, wer die Erforderlichkeit solcher Verordnungen beschließen soll, noch, von welchen „schwerwiegenden Krankheiten" da überhaupt die Rede ist.
Quelle: Deutschlandfunk Kultur

15. **Zu guter Letzt: Die Carina-Versteher**
Wir habe derzeit nichts zu lachen. Und falls doch, sieht es keiner, denn unser Mund ist, wie befohlen, bedeckt. Dabei wäre Humor höchst gesundheitsfördernd. Speziell für unser Immunsystem – von dem seltsamerweise seitens der Politiker und „Experten" kaum die Rede ist, obwohl sich doch alles angeblich um ein Virus dreht. Umgekehrt gesagt: Ein miesepetriges Gesicht, wie es z.B. Karl Lauterbach regelmäßig der Kamera entgegenstreckt, ist für das Immunsystem so schädlich wie andauernde Angstmache, Demütigung und Unterdrückung. Verkürzt gesagt: derartige „Gesundheitsfürsorge" ist höchst gesundheitsschädlich. Die langjährige Hinter-den-Schlagzeilen-Leserin Piranha berichtet in ihrem launigen und scharfsichtigen Essay von vielen kleinen Alltagsbeobachtungen rund um den ganz normalen Wahnsinn der „Corona-Ära". Und sie ermutigt uns, unseren Humor nicht zu verlieren.
Quelle: Hinter den Schlagzeilen